8. 1. Über die gesetzlichen Voraussetzungen der §§ 111—114. 117 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 und deren Verhältnis zueinander.

2. Wie ist in den Fällen der §§ 115. 60. 117 dieses Gesetzes die Geldstrafe zu berechnen?

Branntweinsteuergesetz vom 15. Juli 1909 (R.G.Bl. S. 661) §§ 60. 111. § 113 Nr. 4. §§ 115. 117.

V. Straffenat. Ur. v. 2. Mai 1911 g. F. V 146/11.

I. Landgericht Köln.

Der Angeklagte betreibt in St. eine Branntweinbrennerei, in welcher seit dem 3. Dezember 1909 zum Zwecke der Versteuerung des in der Brennerei hergestellten Branntweins ein amtlicher „Meßapparat“ aufgestellt ist, durch den der Branntwein hindurchfließen muß. Der „Apparat“ zeigt durch ein Zählwerk die Literzahl des durchgelaufenen Branntweins an und entnimmt mittels eines Probe-

nehmers aus jedem Liter eine gleich große Menge, die er einem Probenfasser zuführt. Nach dem aus den Proben sich ergebenden durchschnittlichen Alkoholgehalt und der Menge des Branntweins wird die von dem Angeklagten zu zahlende Verbrauchsabgabe und Betriebsaufgabe berechnet. Um diese teilweise zu hinterziehen, hat der Angeklagte nach Feststellung der Strafkammer vor den für den 29. Dezember 1909, 11. Januar und 5. Februar 1910 angesagten Revisionen jedesmal absichtlich Dampf in den Apparat eingeführt und dadurch den Alkoholgehalt der im Sammler befindlichen Proben verringert. Er ist deshalb von der Strafkammer wegen Vergehens gegen § 111. § 113 Nr. 4. § 115. § 117 Abs. 2. § 60 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 zu einer Geldstrafe von 5677,40 M und zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat verurteilt worden, nachdem durch Beschluß des Königl. Hauptzollamts in R. vom 20. September 1910 die von ihm für die Zeit vom 3. Dezember 1909 bis zum 5. Februar 1910 zu entrichtende Verbrauchsabgabe auf 1410,35 M und die entsprechende Betriebsaufgabe auf 9 M festgesetzt worden war. Auf seine Revision ist das Urteil unter Aufrechterhaltung der die Schuldfrage betreffenden Feststellungen aufgehoben und die Sache in dem sich hieraus ergebenden Umfange zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen worden, aus folgenden Gründen:

Es mag der Revision zugegeben werden, daß in dem angefochtenen Urteile die Tatbestände der §§ 111 und 113 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 nicht scharf auseinandergehalten sind. Hiervon wird aber der Rechtsbestand des Urteils, soweit es die Schuldfrage betrifft, nicht berührt. Während die Bestimmung des § 111 erfordert, daß die Voraussetzungen eines Unternehmens der Abgabenhinterziehung in vollem Umfange, namentlich auch nach der Seite des Vorsatzes, nachgewiesen und festgestellt werden, ist dies gegenüber der Vorschrift des § 113 das nicht geboten. Insofern genügt vielmehr der Nachweis und die Feststellung der darin unter Nr. 1—5 namhaft gemachten Tatumstände. Alsdann wird der so ermittelte Tatbestand dem „einer Hinterziehung“ im Sinne von § 111 gleichgestellt, ohne daß es nach der Seite der Willensrichtung, insbesondere des Vorsatzes, eines weiteren Nachweises bedürfte. Nur für die Bestimmung der Strafe kommt es noch darauf an, ob sich

feststellen läßt, daß eine Vorenthaltung der Abgabe nicht stattgefunden hat oder nicht beabsichtigt worden ist. Wird ein dahingehender Nachweis erbracht, so tritt bloße Ordnungsstrafe ein; anderenfalls bewendet es bei der Hinterziehungsstrafe.

Im vorliegenden Falle hat die Strafkammer dem Angeklagten in vollem Umfang ein Unternehmen der Hinterziehung im Sinne von § 111 das. nachgewiesen. Sie stellt ausdrücklich fest, daß nach ihrer Überzeugung absichtlich Dampf in den Apparat, d. h. die Meßuhr, eingeführt worden sei, um den Alkoholgehalt der Probe zu verringern und, wie die weiteren Ausführungen als ihre tatsächliche Annahme ergeben, dadurch eine Herabsetzung des Branntweinsteuerbetrags herbeizuführen. Sie erachtet ferner für erwiesen, daß es der Angeklagte war, der die zur Verwirklichung dieser Absichten und Zwecke bestimmten und geeigneten Handlungen bewirkt hat. Deshalb war für eine Feststellung im Sinne von § 113 Nr. 4 das. allerdings kein Raum. Der Angeklagte wird durch sie aber in keiner Weise beschwert, zumal die Strafe durch Anwendung des § 113 das. nicht beeinflusst erscheint. An sich unabhängig ist hiervon die Frage, ob die Voraussetzungen des § 117 das. vorlagen. Diese bedürfen des selbständigen Nachweises, gleichviel, ob § 111 oder lediglich § 112 bzw. § 113 zur Anwendung stehen. Sind sie nachgewiesen, ist also, was hier allein in Betracht kommt, festgestellt, daß „die Meßuhr absichtlich gestört worden ist“, so greift § 117 für die Strafbemessung Platz, mag die Tatbestandsfeststellung auf § 111 oder 113 das. beruhen, d. h. die Geldstrafe ist in der von § 117 Abs. 1 vorgesehenen Art zu berechnen und daneben ist noch auf die in Abs. 1 das. bezeichnete Gefängnisstrafe zusätzlich zu erkennen. Die Strafkammer hat eine absichtliche Störung der Meßuhr festgestellt und die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des § 117 das. auf den Tatbestand aus § 111 hinreichend nachgewiesen.

Die Anwendung des § 114 das. konnte hiernach überhaupt nicht in Frage kommen.

Die Bestrafung des Angeklagten wegen Vergehens gegen §§ 111. 115. 117 — nicht aber auch § 113 Nr. 4 — des Branntweinsteuergesetzes ist hiernach an sich gerechtfertigt.

Zu beanstanden ist aber die erkannte Geldstrafe. Nach § 115 Satz 1 des Branntweinsteuergesetzes ist die Hinterziehung der Ver-

brauchsabgabe und nach § 60 das. auch die Hinterziehung der Betriebsabgabe mit einer Geldstrafe in Höhe des vierfachen Betrags der Abgabe bzw. Auflage zu bestrafen. Unter Abgabe und Auflage ist dabei die vorenthaltene Abgabe und Auflage zu verstehen. Das ergibt sich zunächst aus Satz 2 des § 115, nach welchem außerdem die Abgabe nachzuzahlen ist, denn Gegenstand der Nachzahlung kann nur der hinterzogene Steuerbetrag sein. Wenn in § 118 das. für den Fall, daß der Betrag der vorenthaltene Abgabe nicht festgestellt werden kann, eine besondere Vorschrift über die Bemessung der Geldstrafe gegeben wird, so folgt daraus, daß der Regel nach der vorenthaltene Abgabebetrag festgestellt und der Berechnung der Geldstrafe zugrunde gelegt werden muß. In derselben Weise ist die Strafe der Steuerhinterziehungen auch in zahlreichen anderen Gesetzen geregelt, so namentlich in

§ 11 des Gesetzes, betr. die Erhebung einer Abgabe von Salz, vom 12. Oktober 1867 (R.G.Bl. S. 41),

§ 135 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 (R.G.Bl. S. 317),

§ 34 des Gesetzes, betr. die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 245),

§ 47 des Zuckersteuergesetzes vom 27. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 117),

§ 17 des Schaumweinsteuergesetzes vom 9. Mai 1902 (R.G.Bl. S. 155),

§ 18 des Zigarettensteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (R.G.Bl. S. 631),

§ 41 des Brausteuergesetzes vom gleichen Tage (R.G.Bl. S. 675),

§ 17 des Wechselstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 (R.G.Bl. S. 825),

§ 2 Abs. 4, §§ 25. 33. 43. 69. 88 des Reichsstempelgesetzes vom gleichen Tage (R.G.Bl. S. 833).

Hier ist überall ausdrücklich gesagt, daß die Strafe in einem Vielfachen (dem 4-, 5-, 20-, 25- oder 50fachen Betrage) der „vorenthaltene“ oder der „hinterzogene“ Abgabe oder Steuer besteht. Wenn demgegenüber in § 115 des Branntweinsteuergesetzes von der Abgabe schlechthin die Rede ist,¹ so ist dieser Abweichung im Wort-

¹ Ähnlich § 49 des Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (R.G.Bl. S. 680), Art. III § 19 und Art. IV § 27 des Gesetzes, betr. Änderungen im Finanzwesen, vom 15. Juli 1909 (R.G.Bl. S. 743) und § 50 des Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 (R.G.Bl. S. 49).

laute keine Bedeutung beizumessen. Sie erklärt sich daraus, daß der in den vorbezeichneten Gesetzen gemachte Zusatz: „vorenthaltene“, „hinterzogene“ (Abgabe) als aus dem Wesen der Hinterziehungsstrafe folgend und deshalb selbstverständlich weggelassen worden ist.

Bestätigt wird dies durch die Entstehungsgeschichte des § 115 des gegenwärtig geltenden Branntweinsteuergesetzes. In § 21 des gleichnamigen Gesetzes vom 24. Juni 1887 (R.G.Bl. S. 260) war ebenfalls die Geldstrafe ausdrücklich auf den vierfachen Betrag der vorenthaltene Abgabe festgesetzt. Der Entwurf des neuen Gesetzes (Nr. 993 der Druckf. des Reichstags I. Sess. 1897/99) bestimmte sie dann in § 107 auf „5 *M* für jedes Liter des in dem Branntwein, in Ansehung dessen die Hinterziehung verübt worden ist, enthaltenen Alkohols“, beabsichtigte damit aber keine sachliche Änderung an dem durch § 21 des Gesetzes vom 24. Juli 1887 geschaffenen Rechtszustande. Denn die beigegebene Denkschrift (a. a. O. S. 55) bemerkt zu den in §§ 100—127 enthaltenen Strafvorschriften lediglich, daß sie sich an die geltenden Bestimmungen angeschlossen. Die Fassung des Gesetzes selbst beruht auf dem Gegenentwurf einer Subkommission der Kommission des Reichstags. Aber auch der Kommissionsbericht (Druckf. Nr. 1449, insbes. S. 9 und 123) und die Verhandlungen des Reichstags selbst (274. und 579. Sitzung, insbes. S. 9058 und 9307) ergeben keinen Anhalt dafür, daß eine sachliche Änderung beabsichtigt gewesen sei. Die Tatsache, daß die Art der Besteuerung eine andere geworden ist, indem an die Stelle der Maischbottich- und der Materialsteuer eine Verbrauchsabgabe und eine Betriebsaufgabe getreten sind, ist in dieser Hinsicht belanglos.

Demnach stellt sich die Strafkammer auf den richtigen Standpunkt, wenn sie in den Strafzumessungsgründen ausführt, daß die gemäß §§ 115. 60 des Branntweinsteuergesetzes zu verhängende Geldstrafe auf den vierfachen Betrag der hinterzogenen Abgabe (und Auflage) festzusetzen sei. Fehlt sie aber, wenn sie die Strafe auf 5677,⁴⁰ *M* berechnet und das lediglich damit begründet, durch Beschluß des Königlichen Hauptzollamts zu N. vom 20. April 1910 sei gemäß § 117 des Ges. und § 141 der Brennereiordnung die von dem Angeklagten für die Zeit vom 3. Dezember 1909 bis 5. Februar 1910 (d. h. für die Zeit der Störung der Meßuhr) zu entrichtende Verbrauchsabgabe auf 1410,³⁵ *M* und die Betriebsaufgabe auf 9 *M*

festgesetzt worden. Dabei verkennt sie die rechtliche Bedeutung des Zollamtsbeschlusses und setzt sich in Widerspruch zu der eigenen Auslegung des § 115 des Branntweinsteuergesetzes. Die Vorschrift des § 141 der Brennerordnung ist lediglich eine Verwaltungsanweisung. Dagegen besteht keine Gesetzesvorschrift, welche einer Festsetzung der Verbrauchsabgabe und der Betriebsauflage durch das Zollamt — die übrigens nach Abs. 3 des § 141 der Bestätigung durch die Direktion bedarf — maßgebende Bedeutung für die Bemessung der Hinterziehungsstrafe im gerichtlichen Strafverfahren beilegte. Das Gericht hat deshalb selbst die hinterzogene Verbrauchsabgabe und Betriebsauflage und danach die Geldstrafe zu berechnen. Für den vorliegenden Fall kommt dabei in Betracht, daß der Angeklagte nach den tatsächlichen Feststellungen des angefochtenen Urteils durch die Störung der regelmäßigen Tätigkeit der Meßuhr nicht etwa den Anschein erweckte, es sei in der Zeit vom 3. Dezember 1909 bis 5. Februar 1910 durch diese überhaupt kein Branntwein hindurchgeflossen, sondern nur bewirkte, daß der Durchschnittsgehalt des durchgeflossenen Branntweins an Alkohol falsch angezeigt und infolgedessen die (nach der hergestellten Alkoholmenge sich richtende) Verbrauchsabgabe und Betriebsauflage zu niedrig angeschrieben wurde. Hinterzogen hat er nur den Unterschied zwischen der in Wirklichkeit zu entrichtenden und der zur Anschreibung gelangten Abgabe und Auflage. Die Strafe ist demnach nur auf den vierfachen Betrag des so zu bestimmenden Unterschieds, nicht der ganzen für die fragliche Zeit zu entrichtenden Abgabe und Auflage festzusetzen.